

Wege zu einem neuen Fortschritt
Einsetzung einer Arbeitsgruppe „*Innovation und Nachhaltigkeit, Wachstum und Arbeit*“

Unser Land befindet sich – wie die anderen Industriestaaten auch – in einem tief greifenden Umbruch. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Herausforderungen annehmen, die sich aus der Globalisierung, der Erweiterung der Europäischen Union, der demographischen Entwicklung und dem Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft ergeben. Unsere Vision ist eine nachhaltige Entwicklung für Deutschland und Europa, in der wirtschaftliche Leistungskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbunden sind. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft erneuern und die Globalisierung gestalten. Ohne tief greifende Reformen ist das nicht zu erreichen.

Gesellschaftliche Reformen müssen mit wirtschaftlichen Innovationen Hand in Hand gehen. Nur innovationsstarke Länder können Strukturumbrüche bewältigen. Deshalb ist es unser Ziel, die technologische und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken sowie Bildung und Qualifikation auszubauen.

Die mit dem Leitantrag „*Mut zur Veränderung*“ vorgelegten Maßnahmen zur Agenda 2010 sind die notwendige Antwort auf die derzeitige Struktur- und Konjunkturkrise in Deutschland. Die Maßnahmen müssen kurzfristig umgesetzt werden, um mittelfristig ihre Wirkung zu erreichen. Wir wollen damit die Voraussetzungen schaffen, das europäische Gesellschaftsmodell zu bewahren und zu erneuern.

Unser Land braucht aber über die Sicherung der finanziellen Grundlage unserer sozialen Sicherungssysteme hinaus weitere Maßnahmen, um Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu beleben. Diese neue Wachstumsdynamik ist der Schlüssel, um in Deutschland Wohlstand, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und ökologische Verträglichkeit in einer nachhaltigen Entwicklung miteinander zu verbinden.

Unser Verständnis von einem neuen Fortschritt steht im Einklang mit dem Beschluss der Europäischen Staats- und Regierungschefs von Lissabon, die Europäische Union innerhalb von 10 Jahren zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wachstumsregion weltweit auszubauen und die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung in der Europäischen Union zu schaffen.

Gerade in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland mit einer langfristig abnehmenden und alternden Bevölkerung kann wirtschaftliche Prosperität nur über Investitionen in Wissen, Qualifikation, Kompetenzen und über die Mobilisierung heimischer Ressourcen und ressourceneffizienter Technologien erarbeitet werden. Dabei kommt der Rolle von Bildung, Wissenschaft und Forschung (einschließlich Markteinführungsstrategien) als zentraler Triebfeder wirtschaftlicher Entwicklung eine ständig wachsende Bedeutung zu.

Die Leitidee der Nachhaltigkeit bündelt unsere Anstrengungen. Wir brauchen diese Kraftanstrengung, um die großen Möglichkeiten unseres Landes für eine gute Zukunft zu nutzen. Damit nehmen wir die Auseinandersetzung offensiv an, das Modell der sozialen Demokratie gegen die neoliberale Ideologie zukunftsfähig zu machen.

Der Parteitag beauftragt die vom Parteivorstand eingesetzte Arbeitsgruppe „*Innovation und Nachhaltigkeit, Wachstum und Arbeit*“, bis zum ordentlichen Parteitag im November 2003 in Bochum einen Antrag für eine neue sozialdemokratische Wachstumsstrategie vorzulegen.

Dabei sollen Vorschläge zu folgenden Bereichen erarbeitet werden:

1. Zur Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik braucht Deutschland vor allem Investitionen in neue Produkte, Verfahren und Märkte. Dies ist die Grundlage für Wertschöpfung, Beschäftigung, Ressourcennutzung und Umweltschutz. In der schnellen Erschließung von Zukunftsmärkten liegt das weltweit größte Beschäftigungs- und Innovationspotenzial.

Erfolge auf Innovationsmärkten werden durch Unternehmen erwirtschaftet. Hierfür brauchen sie Spielräume und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen für Innovationen in einem umfassenden Sinne verbessern.

2. Unser Land braucht eine Innovationsoffensive auf breiter Front. Dabei geht es um System- und Produktinnovationen, die vor allem ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft im Sinne einer Public-Private-Partnership erfordern: in der Automobilindustrie, der Bautechnologie, im Bereich der Nano- und Mikrotechnologie, bei der neuen Chemie, bei den präventiven und nachsorgenden Gesundheitsmaßnahmen sowie der Biotechnologie, im Bereich der Logistik der Zukunft und im Bereich der Energie.

Deutschland ist auf die Innovationskraft junger Unternehmen angewiesen, die alte Strukturen überwinden, sich in neuen Märkten positionieren und erfolgreich neue international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen. Deshalb ist es eine der wichtigsten Herausforderungen einer zukunftsorientierten Politik, Hindernisse für die Gründung und das Wachstum von jungen Innovationsunternehmen zu beseitigen und für wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen in der Vernetzung, Finanzierung und Förderung dieser Unternehmen zu sorgen. Mit einem High-Tech-Masterplan wollen wir das Potential junger Innovationsunternehmen bspw. in der Bio-, Verkehrs, Bau- und Kommunikationstechnologie sowie der erneuerbaren Energien erschließen bzw. erhalten.

Für öffentliche Investitionen müssen wir neue Finanzierungswege suchen, die nicht zu Lasten zukünftiger Generationen gehen. Dazu gehören neue Wege beim Public-Private-Partnership in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur (etwa Betreibermodelle für den Ausbau und den Betrieb von Autobahnreststücken und auf der Basis der Lkw-Maut) und im Hochbau (etwa in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau). Der Bau von Hochschulen, Schulen und Ganztageseinrichtungen kann dabei ebenso einbezogen werden.

Die vergabe- und steuerrechtlichen Voraussetzungen solcher Modelle müssen weiter verbessert werden.

3. Die Fortentwicklung der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft ist ein strategischer Hebel für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb brauchen wir ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt. Über die massive Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie über den Ausbau der Solarwirtschaft schaffen wir damit die Voraussetzung, neue Märkte auch weltweit zu erschließen und Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkungen mit mehr Beschäftigung zu verbinden.

Die Bundesregierung wird durch die geplante internationale Konferenz für „*Erneuerbare Energien und Energieeffizienz*“, die in Bonn stattfinden soll, einen Schub für eine neue Energiezukunft geben und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung des Klimawandels und Bekämpfung globaler Armut bündeln.

4. Höhere Ausgaben für Investitionen in die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen sowie in Forschung und Entwicklung sind eine wichtige Grundlage unserer Wettbewerbsfähigkeit. Die Agenda 2010 setzt hierzu erste wichtige Akzente. Investitionen in Bildung und Forschung müssen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) endlich als investive und nicht mehr als konsumtive Aufwendungen bewertet werden.

5. Die Struktur- und Industriepolitik in Deutschland muss zukünftig neu ausgerichtet werden. Die nationalen strukturpolitischen Maßnahmen im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben waren die richtige Antwort im Rahmen der Globalsteuerung der 70er-Jahre. Im Zeitalter der Globalisierung müssen jedoch andere Instrumente gefunden werden, die die zunehmende Eigenkapitalschwäche der kleinen Unternehmen stärker berücksichtigt. Vor allem der deutsche Mittelstand benötigt mehr Beteiligungskapital. Die SPD-geführte Bundesregierung

wird deshalb die Mittelstandsfinanzierung weiter entwickeln. Es geht auch darum, die in den vergangenen Jahren gewachsenen Aufgabenverflechtungen zwischen Bund und Ländern zu entzerren. Dazu gehört auch, die Genehmigungsfristen für Standortansiedlungen in Deutschland zu verringern, indem unnötige Bürokratie abgebaut wird.

6. International tätige Unternehmen sind heute in der Lage, ihre Steuerlast durch grenzüberschreitende Steuergestaltung und Steuerflucht zu minimieren. Deshalb müssen Maßnahmen für eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen im Rahmen einer europäischen und globalen Koordinierung ergriffen werden.
7. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung muss noch verstärkt werden. Wenn das geltende Steuerrecht konsequent vollzogen würde, brauchte man nicht mehr nach alternativen Finanzierungsquellen zu suchen. Wichtig ist daher, dass im geltenden Recht und im Vollzug bestehende Hindernisse beseitigt werden. Das gilt sowohl für den Bereich der direkten wie der indirekten Steuern. Bei den direkten Steuern ist insbesondere die Besteuerung von Kapitalerträgen zu überprüfen. Bei der Umsatzsteuer gibt es systembedingte Schwachstellen, die Steuerhinterziehungen begünstigen. Fachleute schätzen den Steuerausfall auf 14 Mrd. € jährlich.

Die Anstrengungen der Länder zur Verbesserung des Vollzugs sind weiter zu verstärken, die Modalitäten des Vorsteuerabzugs müssen überprüft werden. Außerdem sollte kurzfristig mit der EU-Kommission und den anderen EU-Mitgliedstaaten abgeklärt werden, in welcher Weise durch Rechtsänderungen – auf EU und /oder nationaler Ebene – sichergestellt werden kann, dass die geschuldete Mehrwertsteuer auch in voller Höhe den Staatshaushalten zur Verfügung steht.

8. Große Privatvermögen sind im Erbfall auch künftig für die Finanzierung von Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls heranzuziehen. Wir streben deshalb eine zutreffende Bewertung von Vermögen zu steuerlichen Zwecken an. Der Staat muss sicherstellen, dass jeder einen seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag im Rahmen einer gerechten Besteuerung des Einkommens aus Arbeit und Vermögen leistet.

Immobilien und Grundbesitz werden im Steuerrecht viel niedriger bewertet als zum Beispiel Geldvermögen. Dieser Zustand ist aus rechtlichen, ökonomischen und verteilungspolitischen Gründen nicht gerechtfertigt. Bei der Bewertung von Vermögen zum Zwecke der Besteuerung müssen daher verfassungskonforme Neuregelungen im Vordergrund stehen. Die geltende Regelung, die nur als Übergangslösung verfassungsrechtlich tolerierbar ist, tritt Ende 2005 außer Kraft. Im übrigen ist sicherzustellen, dass, ausgehend vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts, große Einkommen und Vermögen in ausreichender Weise ihren gerechten Beitrag für die Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft leisten.

9. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, zur Finanzierung der Staatsaufgaben sämtliche Einkünfte heranzuziehen. Dazu gehören auch Kapitalerträge, die in der Vergangenheit und auch heute noch nicht vollständig besteuert werden. Die endgültige Verabschiedung der EU-Zinsrichtlinie würde uns hier einen großen Schritt voran bringen.
10. Die Agenda 2010 konzentriert sich auf die Schaffung der Rahmenbedingungen für neue Beschäftigung und die Stabilität der sozialen Sicherung. Durch die Gesundheitsreform geben wir Impulse zur Senkung der Lohnnebenkosten. Die von der Bundesregierung einberufene Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme erarbeitet gegenwärtig Vorschläge. Dazu gehört auch die Frage, wie

die Finanzierung von Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung langfristig gesichert werden kann, in welchem Maß das über Steuern und Beiträge erfolgen soll und welche Einkommen und Personengruppen in die sozialen Versicherungssysteme einzubeziehen sind.

11. Die demografische Entwicklung zwingt uns zum Handeln. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Zukunftsfelder. Eltern und Kinder brauchen eine bessere Balance von Familienleben und Arbeitswelt. Es geht dabei um Möglichkeiten flexibler Arbeitszeit, Teilzeit, moderner Arbeitsorganisation, wie z. B. Telearbeitsformen, Weiterbildung und Kontakthalte- sowie Fortbildungsprogramme speziell während der Elternzeit, damit junge Eltern den Anschluss an die innerbetriebliche Entwicklung nicht verlieren. Dazu zählt aber auch die Kinderbetreuung. Sie ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Sie muss weiter ausgebaut werden.
Die notwendigen Reformen der Rahmenbedingungen nutzen wir, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben voranzutreiben. Die Umgestaltung des Arbeitsmarktes bietet die Gelegenheit, das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige und gleiche Arbeit zu verwirklichen, eine geschlossene Erwerbsbiographie von Frauen und damit gleichzeitig eine Verbesserung der sozialen Sicherung zu erreichen. Der Maßstab für Mut zur Veränderung ist auch Geschlechtergerechtigkeit.
12. Strukturpolitik für nachhaltiges Wachstum ist im Zeitalter der Europäischen Währungsunion auf europäischer Ebene besonders wirksam: Die Mitgliedsstaaten der EU sollten sich so schnell wie möglich auf gleichgerichtete konjunkturelle Impulse verständigen.
13. Flexible und innovative Arbeitszeit- und Tarifmodelle, wie bspw. das 4-Tage-Modell von VW können einen Beitrag zur Qualifizierung der Beschäftigten und zur Sicherung von Beschäftigung leisten. Es gilt dieses Potenzial zu nutzen ohne zusätzliche Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme.
14. Wir setzen uns dafür ein, auch in der Politik der EU das Leitziel der Nachhaltigkeit stärker zu verankern. Rat, Parlament und Kommission haben mit ihren Beschlüssen für eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie dafür wichtige Grundlagen geschaffen. Die werden wir verstärken und konkretisieren und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie konsequent fortentwickeln.

Wir wollen als Partei diese Debatte intensiv führen und laden alle gesellschaftlichen Gruppen dazu ein, sich daran zu beteiligen.